

Auftrieb im Streit über Windenergie

ami. BERLIN, 2. September. Die Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Bundestag, Katrin Göring-Eckardt, verlangt ein Ende der Debatte über die künftige Förderung erneuerbarer Energien. Die Diskussion nehme absurde Züge an, erklärte sie am Dienstag in Berlin. Sie reagierte damit auf Überlegungen von Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD), der die Förderung erneuerbarer Energien senken und die bisherigen Fördermodalitäten verändern will (F.A.Z. vom 1. September). Vertreter der Wind- und Solarenergiebranche hatten Clement daraufhin vorgeworfen, er wolle sie ruinieren. Die SPD-Bundestagsfraktion berät das Thema am heutigen Mittwoch. Der klimapolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Ulrich Kelber, erklärte, dem Umstieg auf erneuerbare Energien gehöre die Zukunft, aus ökologischen und ökonomischen Gründen. Die SPD-Europa-Abgeordnete Mechthild Rothe warnte ihre Partei davor, die Energiewende in Frage zu stellen.

Niemand in der Bundesregierung sollte „die großen Erfolge beim Ausbau der erneuerbaren Energien kleinreden“, warnte Göring-Eckardt. Deutschland sei das erfolgreichste Modell in der Welt für den Ausbau erneuerbarer Energien. Umweltminister Jürgen Trittin (Grüne) habe dafür einen sachgerechten Vorschlag mit der Novelle des entsprechenden Gesetzes vorgelegt. Das dürfte auch Thema des Spitzengesprächs werden, zu dem sich Kanzler Gerhard Schröder, Clement und Trittin in diesem Monat mit Vorstandsvorsitzenden der Energiekonzerne treffen wollen.

Zustimmung erhielt Clement aus der FDP. Deren stellvertretende Fraktionsvorsitzende Birgit Homburger plädierte unterdessen für einen marktgerechten Ausbau erneuerbarer Energien. In einer Vorlage für die Fraktionsklausur am Donnerstag stellt sie fest, bei diesen Energien handle es sich um Zukunftstechnologien für den Klimaschutz und eine nachhaltige Versorgung. Doch beschreite die Bundesregie-

runng mit dem Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien (EEG) mit einer staatlichen Vorgabe von Techniken und Preisen den falschen Weg. Energieträger würden selektiv begünstigt, Garantieschüsse liefen auf eine auf Dauer angelegte Marktintervention hinaus. Dies müsse geändert werden. Zwar solle die Förderung bestehender oder genehmigter Anlagen aus Gründen des Vertrauensschutzes beibehalten werden. Doch dürfte diese nicht erhöht, weiterentwickelt oder verlängert werden. Die Menge der künftigen Förderung müsse am Klimaziel ausgerichtet werden. Weiter plädierte sie für eine verstärkte Grundlagenförderung und den Ausbau von Brennstoffzellen und Wasserstofftechnik. Damit könnten auch erneuerbare Energien besser gespeichert werden.